



Die Menschenrechte gelten weltweit. Dem Versuch von Diktaturen, diesen Konsens aufzuweichen, treten CDU und CSU entschieden entgegen. Wir müssen dort, wo es nötig ist, den Machtwillen von Gegnern der Menschenrechte entgegentreten - in enger Abstimmung mit gleichgesinnten Demokratien mit Stärke und Geschlossenheit.

Wir wollen insbesondere die Menschenrechtsregelungen von internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Europarat stärken. Kinder, Menschen mit Behinderungen oder Flüchtlinge sind dabei besonders schutzbedürftig.



Für die SPD gehören internationale Solidarität, universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Dialog zum Grundverständnis des politischen Handelns.

Wir tun das, indem wir bei allen unseren Entscheidungen sowie auch von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten fordern.

Im Rahmen des Europarats werden wir die Grundwerte der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte stärken.



DIE LINKE.

Menschen haben Rechte, weil sie Menschen sind. Und die Umsetzung dieser Rechte kostet selbstverständlich Geld.

Für DIE LINKE gilt, dass bei Menschenrechten nicht gespart werden darf. Deswegen machen wir als DIE LINKE deutlich, dass Menschenrechte und Kostenfragen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Das Recht auf Wohnen, Gesundheit, Bildung, Arbeit und Ausbildung sind wichtige Menschenrechte, die noch nicht umfassend verwirklicht sind. Das wollen wir ändern! Sparen wollen wir bei der Rüstung, die Reichen sollen mehr Steuern zahlen.



Wirtschaftliche oder finanzielle Gründe dürfen in Menschenrechtsfragen keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Die Achtung und der Schutz der Menschenrechte sind völkerrechtliche Pflicht. Regierungshandeln muss sich an Menschenrechten, dem Pariser Klimaabkommen und nachhaltiger Entwicklung ausrichten und entsprechende Standards setzen. Rüstungsexporte an autoritäre Staaten müssen z.B. tabu sein und Unternehmen müssen in der gesamten Lieferkette auf die Einhaltung von Umwelt- und Menschenrechtsstandards achten. Notfalls, wie geschehen, gesetzlich.

Wie kann erreicht werden, dass bei politische Entscheidungen – wenn es um Menschenrechte geht - nicht doch die Kostenfrage dominiert?



Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade in Krisenzeiten wie der aktuellen Covid-19-Pandemie geraten sie stärker unter Druck.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit dringender denn je ist. Wir wollen, dass Deutschland beim Schutz der Menschenrechte eine Vorreiterrolle einnimmt und Führungsstärke zeigt. Für uns sind Menschenrechte nicht verhandelbar.



Politische Entscheidungen sollten sich grundsätzlich an der Realität orientieren.

Wenn Politikmaßnahmen an der Realität vorbei entschieden werden, können die Folgen dramatisch für alle ausfallen.

Wenn es um Menschenrechte geht, steht auch nicht zuerst die Kostenfrage sondern die Umsetzbarkeit im Raum.



UX18